



GRIECHENLAND

Androsch gegen eine „monetäre Kleinstaaterei“

Wien. In der Debatte um einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Eurozone hat sich der frühere österreichische Finanzminister Hannes Androsch zu Wort gemeldet. Er ist klar gegen ein „Experiment der monetären Kleinstaaterei“ und die Wiedereinführung der Drachme: „Die Forderungen bleiben in Euro, das ist das Problem. Deutsche und französische Banken könnten sofort 100 Milliarden € abschreiben und wir zwischen sechs und elf Milliarden €. Deshalb ist dieses Gerede von der Griechenland-Rettung ein Schmäh. Man versucht, unsere Banken zu schützen.“

Eine funktionierende Währungsunion gebe es nicht umsonst. Es brauche eine Bankenunion und eine gesamteuropäische Einlagensicherung. Bis dato sei bei der Griechen-

land-Rettung nach dem „Prinzip Hoffnung“ verfahren worden. Von den Milliardenhilfen sei „kein einziger Cent bei den Griechen angekommen“. Man erreiche damit nur ein Schrumpfen der Wirtschaft.

Eurobonds hilfreich

Der Schaffung von Eurobonds als Ausweg aus der Schuldenkrise kann Androsch durchaus etwas abgewinnen: „Eine Wunderwaffe kann es nicht sein, aber eine Hilfe. Ich würde mich in Österreich darauf gar nicht festlegen, weil wir es eh nicht entscheiden.“

In Richtung Finanzministerin Fekter, die Eurobonds ablehnt, weil Österreich dann für Staatsanleihen höhere Zinsen zahlen müsste, sagte Androsch: „Ich würde den Mund nicht so voll nehmen und lieber alles tun, um nicht ins Visier der Finanzmärkte zu geraten.“ (spe)